

Das andere Narrativ

Sehr geehrte Interessierte!

Um Ihnen das zeitraubende Lesen meiner langen Überlegungen und Erkenntnisse zu ersparen, setze ich deren **Ergebnis an den Anfang**. Russland und die Ukraine haben gleichermaßen Völkerrechtsprinzipien auf Ihrer Seite und auch beide haben gegen Völkerrecht verstoßen. Beide haben bestimmte Eskalationsschritte zuerst getan und auch auf die Schritte Ihrer Gegner oft nur reagiert. Ein Urteil über eine Alleinschuld oder Hauptschuld sollte kein Außenstehender sich anmaßen. Der unvermeidbare Streit darüber wäre nur ein Hindernis für einen sofortigen Frieden, der möglich wäre. Doch davon erst zum Schluss.

Dass diese Erkenntnis für deutsche Leser nicht nachvollziehbar ist, liegt daran, dass unsere deutschen Medien uns seit 2014 ausschließlich ukrainische Nachrichten und Kommentare auf Deutsch servieren, die wir dann für objektive Nachrichten halten. Wichtig für unser eigenes Urteil ist jedoch auch, was die deutschen Medien verschweigen. Selbst Journalisten der deutschen Medienanstalten, die aus Moskau berichten, schauen nur durch die Brillen ihrer Medien. Mich erinnert das an den seinerzeit prominenten Sonderberichterstatter des ZDF Ulrich Tilgner im Irakkrieg. Der verabschiedete sich eines Tages zu meiner damaligen Überraschung mit der Meldung, er arbeite nicht weiter für das ZDF und er wechsle in die Schweiz, weil er nicht mehr hinnehme, dass ihm das Fernsehen vorschreibe, was und wie er aus dem Ausland zu berichten und zu kommentieren habe.

Seit etwa 2012 bis 2014 bekommen wir über die Vorgänge in der Ukraine nur die halbe Wahrheit präsentiert und das mit EU- und USA-gefärbten Kommentaren. Damit laufen wir heute einspurig auf dem Selenskyj-Gleis. Ich habe mir aus eigener Neugier auch schweizer, ungarische, arabische, russische und selbstentlarvende ukrainische Stimmen und Videos angehört und angesehen, die es ja alle auch in deutscher oder englischer Übersetzung gibt. Ich bin damit in einem völlig anderen Narrativ gelandet. Das stelle ich Ihnen jetzt zur eigenen Urteilsbildung vor. Hier weiterzulesen, setzt allerdings etwas Geduld voraus.

Vorgeschichte auf der Krim

Ab etwa 1990 beginnt die Sowjetunion auseinander zu bröckeln. Es beginnt mit den drei kleinen Baltenstaaten und springt auch bald auf die benachbarte

Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik über. Letztere ist mit etwa 70 % Ukrainern und knapp 30 % Russen ein ethnisch gemischter Zweivölker-Staat. Die Russischsprachigen leben konzentriert auf der Krim und im Osten der Ukraine. Während der Loslösungsphase der Gesamtukraine vom Juli 1990 bis in den November 1991 versucht auch die zu 77 % russischsprachige Mehrheit der Krimbewohner, sich ihrerseits von der Ukraine zu trennen. Es folgen mehrere Referenden, Abstimmungen und Parlamentsentscheidungen, in denen um den zukünftigen Weg der Krim gerungen wird. Am 20. Januar 1991 z. B. gibt es eine Parlamentsentscheidung, die für die Autonomie der Krim und ihren Verbleib bei Russland stimmt und eine Entscheidung vom Juni 1992, die für den Verbleib der Krim als autonomen Bestandteil der Ukraine steht. Die Lunte für die Abspaltung der Krim von der Ukraine brennt also, seit sich die Ukraine selbständig gemacht hat. Die Frage, die im Raume steht, ist, warum die westliche Welt die Abspaltung der 1,6 Millionen Esten und der 2,7 Millionen Letten von der Sowjetunion 1990 gut heißen hat und die spätere Loslösung der 2,35 Millionen Krimbewohner von der Ukraine 2014 als Bruch des Völkerrechts verurteilen wird. Ich komme später auf diesen Punkt zurück.

NATO-Osterweiterung

Zeitgleich mit dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion beginnt auch der Ost-West-Dauerstreit um eine Ausdehnung der NATO nach Osten. Auslöser ist ein amerikanisches mündliches Versprechen des Außenministers Baker gegenüber dem sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow, als über eine deutsche Wiedervereinigung verhandelt wird.

Nach monatelangem Verhandeln der Siegermächte und beider deutscher Teilstaaten um den zukünftigen Status Deutschlands wird dem vereinten Deutschland von Russland der Verbleib in der NATO zugestanden, was heute unstrittig und vollzogen ist. Und es wird im Gegenzug den Russen zugesichert, dass die NATO ihrerseits auf ihre Ausdehnung nach Osten verzichtet, was heute strittig ist. Am 8. Februar 1990 sagt der amerikanische Außenminister Baker Generalsekretär Gorbatschow zu, dass „die NATO keinen Inch weiter nach Osten vorrückt“. Auf Gorbatschows Rückfrage wiederholt er das noch einmal. Baker bestätigt seine ursprüngliche Aussage einem Journalisten gegenüber später noch einmal, nimmt sie inhaltlich jedoch zurück. Er erklärt: „Ich hatte das weder mit dem Weißen Haus noch mit dem Nationalen Sicherheitsrat abgestimmt. Zwei Tage nach meinen Äußerungen gegenüber Gorbatschow zur NATO-Erweiterung änderten die USA ihre Position. Die Russen wussten das.“ Bakers Zusage wird desungeachtet am 17. Mai 1990 durch den deutschen NATO-Generalsekretär Wörner bestätigt, der – obwohl dazu offensichtlich nicht

autorisiert – ebenfalls den Verzicht der NATO auf eine Osterweiterung ausspricht.

Der britische Außenminister Hurd sagt Gorbatschow am 11. April 1990 bei seinem Staatsbesuch in Moskau zu, dass Großbritannien nichts tun werde, was sowjetische Interessen und die sowjetische Würde beeinträchtigt.

Bei einem Besuch Außenminister Genschers bei seinem Amtskollegen Baker gibt Genscher einem Journalisten des 1. Deutschen TV-Programms ein Interview. Er sagt, neben Baker stehend, ins Mikrophon: „Wir waren uns einig, dass nicht die Absicht besteht, das NATO-Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten. ... Das bezieht sich nicht nur auf die DDR, sondern das gilt ganz generell.“ (wörtliches Zitat) Das Interview ist heute noch bei Youtube einzusehen. (Internet: „Genscher & Baker keine Osterweiterung der NATO“) Am 6. März 1991 sagt der damalige Leiter des Genscher-Ministerbüros Jürgen Chrobog gegenüber den politischen Direktoren der Außenämter Englands, Frankreichs und der USA bei Überlegungen zur zukünftigen Sicherheit der osteuropäischen Staaten: „ Wir haben in den 2-plus-4-Verhandlungen deutlich (clear) gemacht, dass wir die NATO nicht über die Elbe hinaus ausdehnen werden. Wir können deshalb Polen und den Anderen keine NATO-Mitgliedschaft anbieten.“ Es gibt also zahlreiche mündliche Wiederholungen des westlichen Versprechens, auf eine NATO-Osterweiterung zu verzichten. Dass der damalige Kanzlerberater Teltschik heute behauptet, dass es diese Zusagen nie gegeben hat, will da nichts heißen. Er war bei den hier zitierten mündlichen Versicherungen nie zugegen.

Noch drei Jahre später, im Frühjahr 1993 bestätigt US-Präsident Clinton in einer Rede, dass der Verzicht auf eine Osterweiterung der NATO auch seiner Ansicht entspricht. Im Herbst 1997 kommt dann die Wende. Die in Tschechien geborene US-Außenministerin Madeleine Albright regt damals an und setzt es durch, dass Tschechien, Polen und Ungarn 1999 in die NATO aufgenommen werden.

Heute wird die ursprüngliche Erklärung des US-Außenministers Baker gegenüber dem sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow nicht als bindend anerkannt, weil sie nicht schriftlich und vertraglich fixiert worden ist und weil Gorbatschow im Verlauf der folgenden Verhandlungen nicht auf die Aufnahme dieser Bedingung in die Verträge bestanden hat. „Nicht-Widerspruch“ gilt diplomatisch und staatsrechtlich als schweigende Zustimmung. Unter Historikern und Staatsrechtlern gibt es aber auch davon abweichende Beurteilungen der Bindekraft von mündlichen Absprachen.

Man sollte trotzdem nicht übersehen, dass es auch zwischen Völkern und Regierungen so etwas wie Vertrauen und Vertrauensschutz gibt. Eine mehrfach

mündlich abgegebene Zusicherung durch amerikanische, deutsche und NATO-Politiker, dass die NATO nicht nach Osten erweitert wird und dass man keine einseitigen Vorteile aus der deutschen Wiedervereinigung ziehen will, haben eine russische Erwartungshaltung erzeugt.

Es folgte am 27. Mai 1997 in Paris die Gründung des NATO-Russland-Rats. In dessen Gründungsakte stehen neben vielen Schwüren zu Frieden und Gemeinsamkeit wieder Grundsätze, die beide Seiten heute für sich auslegen können. Da werden der Schutz der Minderheiten und das Selbstbestimmungsrecht der Völker beschworen, worauf sich Russland heute in Bezug auf die Krim, Lugansk und Donezk zur eigenen Rechtfertigung beruft. Da werden auch der Gewaltverzicht und die territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit der Staaten als gemeinsame Ziele angeführt, worauf sich heute die Ukraine und die NATO berufen. Entscheidend für die NATO-Osterweiterung ist das in der Gründungsakte festgeschriebene „natürliche (inherent) Recht der Staaten, den Weg (means) zur eigenen Sicherheit selbst zu wählen.“ Die NATO und die ehemaligen, nicht russischen Warschauer-Pakt-Staaten haben in dieser Formulierung das Zugeständnis des russischen Staatspräsidenten Jelzin zur Osterweiterung der NATO gesehen, obwohl Jelzin in seinem Schlusswort zur Unterzeichnungskonferenz nachgeschoben hat, dass er eine Osterweiterung der NATO ablehnen würde. Am 12. März 1999 traten Polen, Tschechien und Ungarn der NATO bei.

Es ist nachvollziehbar, dass sich russische Spitzenpolitiker – zuerst Jelzin und dann Putin – hereingelegt und über den Tisch gezogen fühlen. Ganz abgesehen davon hat die ehemalige Sowjetunion ihre Truppen aus Mitteleuropa abgezogen während die USA ihre Truppen weiter nach Osten vorgeschoben haben. Russland hat die Beitritte von zehn Staaten in die NATO mit Missfallen akzeptiert, aber dann hat Putin auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 14.2.2007 erklärt, wo für Russland „Schluss“ sein muss. Er hat erklärt, dass mit der Erweiterung der NATO bis an Russlands Westgrenze eine Rote Linie überschritten ist. Als die Linie 2022 überschritten werden sollte, hat er gehandelt.

Putins Anfang

Ende 1999 wird Wladimir Putin Staatspräsident der Russischen Föderation. Zunächst versucht er eine Annäherung an den „Westen“ und bemüht sich, die Russische Föderation mit der EU und der NATO zu vernetzen. Er bringt im Jahr 2000 beim Abschiedsbesuch von Bill Clinton in Moskau eine Angliederung Russlands an die NATO ins Gespräch. Keine positive Resonanz. Er schlägt in drei in Deutschland gehaltenen Reden 2001, 2007 und 2010 eine

Freihandelszone der EU mit Russland vor und scheitert damit. Er versucht 2002, als die USA den ABM Vertrag mit Russland einseitig kündigen, mit den Amerikanern ein einvernehmliches Vorgehen dabei zu verhandeln. Er kassiert eine Abfuhr. Das Ende der Annäherungsversuche kommt 2008 mit dem Kaukasuskrieg in Georgien, als die kleinen Völker der Südosseten und der Abchasen sich nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker vom benachbarten Staat der Georgier abspalten. Die USA unterstützen hierbei die Georgier und Russland die Südosseten und die Abchasen.

Ukraine und EU

Die Ukraine schließt im November 2011 ein Freihandelsabkommen mit Russland und verhandelt 2012 und 13 mit der EU über ein Assoziierungsabkommen. Sie versucht, sich den einen Markt zu erschließen, ohne den anderen zu verlieren. Die ukrainische Regierung unter Ministerpräsident Asarow hat dabei die Absicht, die EU-Annäherung mit der Mitgliedschaft in Russlands Freihandelszone zu verbinden, was die Russen nach anfänglichem Widerstand bereit sind zu verhandeln, was die EU-Kommission unter Kommissionspräsident Barroso aber rundheraus ablehnt. Die EU versucht de facto, einen „Alleinvertretungsanspruch für den zukünftigen Außenhandel der Ukraine“ durchzusetzen. Damit war Janukowytschs ursprüngliche Absicht gescheitert, die Ukraine wirtschaftlich und politisch als Brücke zwischen Ost und West zu etablieren.

Als die Verhandlungen mit der EU in ihre „heiße Phase“ treten, befürchtet Ukraine's Staatspräsident Janukowytsch realistisch, dass die Wirtschaft der Ukraine bei der Anpassung an die EU deren Konkurrenzdruck wirtschaftlich und technisch nicht gewachsen sein würde, wie zuvor die DDR der BRD. Er fordert eine 160 Milliarden Euro umfassende Anpassungs-Beihilfe von der EU und die EU lehnt ab, was verständlich ist.

Ein zweites Hindernis ist, dass sich die Ukraine selbst den Westimporten öffnen soll, ihr selbst aber nur minimale Ausfuhrquoten zugestanden werden. Die Ukraine bekommt bei Verlust des Russland-Marktes für Ihre jährlich 30 Millionen Tonnen Export-Weizen nur eine 200.000 Tonnen Ausfuhrquote in die EU zugestanden. Das sind 0,7 % des Weizens, auf dessen Ausfuhr und die Einnahmen die Ukraine angewiesen ist. Bei Fleischwaren sind es 2% und bei Stahlexporten ähnlich wenig. Daraufhin legt Janukowytsch den Assoziierungsvertrag erst einmal für ein Jahr auf Eis, um Zeit für Neuverhandlungen zu haben. EU Kommissionspräsident Barroso droht Janukowytsch unverhohlen, „Wenn Sie nicht unterschreiben, tut es der nächste Präsident“ (als wüsste er, dass ein Machtwechsel bereits in Vorbereitung ist.)

Barrosos Anmaßung ist nach der früher unglücklichen Staatszuordnung der Krim das zweite Samenkorn, das später als Ukraine-Krieg aufgeht.

Altbundeskanzler Helmut Schmidt hat den Versuch der EU-Kommission, „die Ukraine vor die scheinbare Wahl zu stellen, sich zwischen West und Ost zu entscheiden“ damals scharf verurteilt und als größtenwahnsinnig bezeichnet. Er hat dabei 2014 schon gewarnt, dass solch' Verhalten zu einem Kriege führen kann.

Der Meinungsdruck in der Ukraine für einen wirtschaftlichen Westanschluss und eine spätere EU-Mitgliedschaft ist aber inzwischen in der ukrainischen Bevölkerung so stark, dass Janukowytsch diese Entscheidung nicht übersteht. Er wird gestürzt, und es kommt zum sogenannten Maidan-Aufstand.

Ukraine und USA

Die USA kommen schon 2008 mit Ihrem Vorschlag, die Ukraine in die NATO aufzunehmen. Es geht dabei offensichtlich um massive wirtschaftliche und militärische Interessen und letztlich um den Hegemonialanspruch der USA in ganz Europa. Die Ukraine hat reichlich Bodenschätze, neu entdeckte Schiefergasvorkommen, Gold, Eisen, Graphit und Mangan. Sie ist ein beachtlicher Exportmarkt. Sie ist mit ihrer Luft- und Raumfahrtindustrie eine wichtige Ergänzung der gleichen Industrie in Russland gewesen, und sie besitzt mit der Krim eine seestrategische Position, aus der heraus das Schwarze Meer beherrscht wird.

Im Windschatten der EU-Verhandlungen greifen amerikanische Firmen und Vertreter von Regierung und Militär eilends zu und nutzen die Schwäche der Ukraine, um dort „Nägel einzuschlagen“. Im November 2013 z. B. schließen der US- Energiekonzern Chevron einen für 50 Jahre geltenden Vertrag über die Erschließung und Förderung von Fracking Erdgas in der nordwestlichen Ukraine. Exxon Mobil verhandelt über Erdgaslagerstätten an der Schwarzmeerküste. Interessant sind auch die geschäftlichen und familiären amerikanischen Verflechtungen mit der Ukraine. Der Sohn des damaligen Vizepräsident Joe Biden, Hunter Biden, und der ehem. Stabschef des damaligen US-Außenministers Kerry Leter und der ehem. Wahlkampfmanager von Kerry Archer werden im Mai 2014 für ein paar Jahre Mitglieder im Verwaltungsrat der größten ukrainischen Gasfirma Burisma. Hunter Biden erhält als Vergütung einen festgelegten Dollarbetrag pro 1.000 Kubikmeter Erdgas, das durch die Rohre von Burisma läuft. Das waren einer amerikanischen Zeitung zufolge in besten Zeiten 50.000 Dollar jeden Monat. Hier verbinden sich offensichtlich US-nationale Wirtschaftsinteressen mit den familiären Vermögensinteressen der

Familie Biden. Zu ergänzen ist da noch, dass Burisma die Schürfrechte für Erdgas im Nordzipfel des abtrünnigen Donezk besitzt.

In der Darstellung des Ukraine-Desasters durch die deutschen Medien fehlen leider die Hintergrundgeräusche. Als im Dezember 2013 die Assoziierungsverhandlungen der Ukraine u. a. am „Alleinvertretungsanspruch“ der EU zunächst scheitern, drohen für die amerikanischen Investoren in der Ukraine unwägbare Risiken. Vier Wochen später – am 1. Februar 2014 – wird das Thema auf der Münchner Sicherheitskonferenz in einem Podiumsgespräch zwischen dem damaligen ukrainischen Außenminister Koschara und dem Oppositionspolitiker Klitschko auf den Punkt gebracht. Koschara beantwortet die Forderung Klitschkos nach einer Westorientierung der Ukraine mit dem Satz: „Die Ukraine darf nicht vor die Alternative Europa oder Russland gestellt werden.“ Mit einer solchen Regierungseinstellung in Kiew wollen die USA offensichtlich nicht leben. Sie ziehen wenig später ihre Fäden für den Staatspräsidentenwechsel von Janukowytsch zu Poroschenko und den Ministerpräsidentenwechsel von Asarow zu Jazenjuk und die Absetzung von Koschara. Auf einem Pressefoto von der Münchner Sicherheitskonferenz sieht man diese Wechsel vier Wochen vorher schon symbolisch dargestellt. Dort stehen US-Außenminister Kerry in der Mitte und Poroschenko und Jazenjuk links und rechts daneben. Außerdem wird der alte Finanzminister ausgetauscht. Ihm folgt nach einer Spontaneinbürgerung die US-amerikanische Investment-Bänkerin Natalia Jaresko. Auch wenn Beweise in einem strengen Sinne für einen amerikanisch gelenkten „Regime Change“ fehlen, so sei doch noch die Bemerkung der damaligen Stellvertretenden US-Außenministerin Victoria Nuland zitiert, die am 13. Dezember 2013 öffentlich erklärt, dass die USA seit 1991 über 5 Milliarden Dollar zur Demokratisierung, für den Wohlstand und die Sicherheit der Ukraine ausgegeben haben. Bei dem Wort „Sicherheit“ kann man an Rüstungsgüter und Militärberater denken. Was unter Demokratisierung zu verstehen ist, kann man ahnen, wenn man Nulands diplomatisches Bemühen betrachtet, eine proamerikanische Regierung in Kiew zu arrangieren. Am 4. Februar 2014 bespricht sie in einem abgehörten Telefonat mit dem frisch ins Amt gekommenen US-Botschafter in Kiew Geoffrey Pyatt, welche prowestlichen Oppositions-Politiker dem nächsten ukrainischen Kabinett angehören sollten.

Zur amerikanischen Strategie ihrer Ausdehnung von politischer Vorherrschaft und dem Erwerb von überseeischen Bodenschätzen gehört auch die Sicherstellung der Seewege zu deren Lagerstätten. 1887 hat der amerikanische Seekriegstheoretiker, Admiral Alfred Mahan, mit seinem Buch „Der Einfluss der Seemacht auf die Geschichte“ das amerikanische strategische Denken bis

zum heutigen Tag geprägt. Er schrieb und lehrte, dass zur Weltmacht die Beherrschung der Weltmeere gehöre. Und die bestünde aus einer allen anderen überlegenen Flotte, aus der Beherrschung der Seewege und aus dem Besitz seestrategischer Positionen, also beherrschender Kriegs- und Handelshäfen am Rand der Meere. Der amerikanische Sicherheitsberater George Friedman hat im Februar 2015 in einem Vortrag vor dem Chicago Council of Global Affairs an diese Seite amerikanischer Strategie und Tradition erinnert. Er führte dabei aus: „Die USA haben ein fundamentales Interesse. Sie kontrollieren alle Ozeane der Welt ... Aus diesem Grund können wir in andere Länder eindringen, aber sie können das nicht bei uns. ... Die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die Ozeane und im Weltall ist die Grundlage unserer Macht.“

Bezogen auf die Ukraine und besonders auf die Halbinsel Krim bedeutet das nach amerikanischem Denken und russischen Befürchtungen, dass eine durch die NATO-Mitgliedschaft für die USA geöffnete Ukraine die Dominanz der USA im Schwarzen Meer begründet hätte. Russland hätte seine seestrategische Position mit dem Verlust seines Kriegshafens auf der Krim an die US Navy abgeben müssen und damit auch die Kontrolle über den Seeweg zum größten Handelshafen Russlands Noworossijsk. Auch der Handelshafen der Ukraine Odessa hätte amerikanischer Kontrolle unterstanden. Wenn Putins Anschuldigung stimmt, haben die USA bereits seit einiger Zeit bei Otschakiw am Schwarzen Meer, 150 Kilometer westlich der Krim, ein Schwarzmeerkommando für die US Navy eingerichtet. Nachdem am 17. Mai 2022 bei den letzten ukrainischen Asowstal-Gefangenen auch der amerikanische (Four Star-Flag) Admiral Eric Thor Olsen mit aufgegriffen worden ist, kann man davon ausgehen, dass Putins Behauptung stimmt.

Von geringerer Bedeutung und doch erwähnenswert, ist, dass die Amerikaner seit Jahren Militärberater und Söldner der Militärfirmen Greystone und Academy sowie Rüstungsgüter in die Ukraine schicken. Und im Januar 2015 – in der Poroschenko-Zeit - reist der amerikanische Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa, Generalleutnant Ben Hodges, nach Kiew und besucht die Spitzen der ukrainische Streitkräfte und ihre Truppen. Er kündigt dort an, dass die USA nun auch offiziell Militärberater schicken werden. Die USA sind also auch ohne NATO militärisch bereits in der Ukraine präsent.

Die Krim-Abspaltung von der Ukraine

Im Abfall der Krim von der Ukraine und ihrem anschließenden Beitritt zur Russischen Föderation laufen zwei synchrone Vorgänge zusammen, erstens die Abschaffung des Russisch für die gesamte Ukraine und zweitens die

Befürchtung der russischen Regierung, dass sie bei fortschreitender Entwicklung ihren Kriegshafen Sewastopol an die US Navy abtreten muss.

Der erste Vorgang wird durch die ukrainische Regierung selber ausgelöst. Am 22. Februar 2014 ist der ukrainische Staatspräsident Janukowytsch an der EU Assoziation gescheitert und er wird gestürzt. Tags darauf, am 23. Februar erlässt der Übergangspräsident Turtschynow ein Sprachengesetz, das Ukrainisch zur alleinigen Landessprache erklärt und damit Russisch – die bisher zweite Landessprache - als Amts- und Schulsprache in den russischsprachigen Städten und Oblasten verbietet. Die Muttersprache ist jedoch – mehr noch als die formale Staatsangehörigkeit - ein wesentlicher Teil der persönlichen Identität. So kommt es sofort nach Erlass des Gesetzes zu Unruhen in den mehrheitlich russischsprachigen Städten von Odessa bis Mariupol, auf der Krim und in den zwei Ostblasten Lugansk und Donezk.

Auf der Krim sprechen 77 % der Bewohner Russisch und nur 10,1 % Ukrainisch. Der alte Unmut der Krimbewohner von 1990-91 über ihren unerwünschten Anschluss an die Ukraine kommt jetzt wieder hoch. Am 6. März 2014 spricht sich das Parlament der Krim für einen Anschluss an Russland aus. Am 16. März findet ein Referendum statt, bei dem sich 97 % der Wähler für den Russlandanschluss entscheiden (bei 83 % Wahlbeteiligung). Und am 21. März schließt sich die Krim mit einem Beitrittsvertrag an Russland an.

Das war ein Anschluss wie beim Anschluss der mit ihrer Regierung unzufriedenen DDR-Bevölkerung an die BRD. (Zuerst Unzufriedenheit mit der Zentralregierung, dann Volkskammerdebatte und Verhandlung mit dem Nachbarland BRD, dann Anschlussvertrag und Bestätigung durch eine Wahl.)

Selbst nach der UN Charta Artikel 1, Absatz 1 haben „Alle Völker das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung“. Im Fall der vorherigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo hatte der Internationale Gerichtshof der UN schon vor vier Jahre auch entschieden, dass das Ausscheiden eines Staatsteils aus einem Staat nicht gegen das völkerrechtliche Gewohnheitsrecht verstößt (Urteil vom 22. Juli 2010). Alle vernünftigen Voraussetzungen waren dazu auch im Fall der Krim gegeben, nämlich ein geschlossenes Gebiet mit mehrheitlich gemeinsamer Nationalität, die sich mehrheitlich in einem Referendum gegen die weitere Staatsbürgerschaft in ihrem bisherigen Staat entscheidet und damit für eine Abspaltung.

Der zweite Vorgang wird durch das Drängen der USA in die Ukraine ausgelöst. Nach einem ähnlichen Nationalitätenstreit im Kaukasus fordern die USA im Jahr 2008, die Ukraine in die NATO aufzunehmen und noch im selben Jahr richten sie zusammen mit der ukrainischen Regierung eine Kommission für eine

„Amerikanisch-ukrainische strategische Partnerschaft“ ein. Die russische Regierung kann drei und drei zusammenzählen und daraus folgern, dass am Ende einer solchen Entwicklung die Aufnahme der Ukraine in die NATO steht und mit ihr auch die Stationierung amerikanischer Raketen, Luftwaffenbasen und – was die Krim betrifft – die Übernahme des russischen Marinestützpunkts Sewastopol.

Solange sich hier nichts Weiteres bewegt, ist Russland mit dem Status quo zufrieden. Aber als die antirussische Haltung in der Ukraine mit dem Sprachengesetz vom 23. Februar 2014 neue Formen annimmt und sich mit der prorussischen Bewegung auf der Krim eine Tür für Russland öffnet, nutzt Putin die Gelegenheit und übernimmt die Krim.

Die Angliederung der Krim ist mit der amerikanischen Abwehr der sowjetischen Raketenstationierung auf Kuba 1962 vergleichbar. Auch die USA hatten damals keinen Gegner direkt an ihrer Hintertür geduldet. Und, was wäre, wenn sich China mit Kubas Einverständnis anschickte, den US Marinestützpunkt Guantanamo Bay auf Kuba zu übernehmen? (Die USA hatten den Stützpunkt 1934 vertragslos ohne Rechtsgrundlage übernommen.) Vergleiche sind meist etwas schief, aber oft dennoch nicht schief genug, um nicht damit deutlich zu machen, worum es geht.

Die westliche Welt erklärt die Abspaltung der Krim und ihren Anschluss an Russland 2014 umgehend zur gewaltsamen Annexion. Die USA verhängen sofort ihre ersten Sanktionen. Die NATO sieht für sich wieder eine Existenzberechtigung. Und der „zweite Kalte Krieg“ beginnt. Das Eingreifen von russischem Militär in den vier Wochen zwischen dem ukrainischen Verbot des Russisch als Amts- und Schulsprache und dem Anschluss der Krim ist nicht geklärt, wenn auch wahrscheinlich. Aber das wäre für die USA keine moralische Rechtfertigung für Sanktionen und Protest. Die USA haben seit Beginn des Vietnamkriegs 12mal selbst bei dem Entstehen ausländischer Konflikte – ohne selbst bedroht zu sein – in Südamerika, Nordafrika und Asien militärisch nachgeholfen.

Mit dem Verbot des Russisch als Amtssprache für Städte und Oblaste mit überwiegend russischsprachiger Bevölkerung hat die ukrainische Zentralregierung das dritte Samenkorn gepflanzt, das später als Ukraine-Krieg aufgeht.

Acht Jahre Donbas-Krieg

Zeitgleich mit der Abspaltung der Krim brodelt es auch in den ostukrainischen Städten und Oblasten. In Städten wie Odessa mit 65 % Russisch Sprechenden und Mariupol mit 90 % Russisch Sprechenden und im jetzt heiß umkämpften

Krematorsk mit 68 % Solchen und in den Oblasten Lugansk und Donezk herrscht Russisch als Muttersprache vor. (Zahlen aus der Volkszählung 2001) So sind die Unruhen 2014 als Folge des antirussischen Sprachengesetzes vorprogrammiert.

Am 7. und 28. Apr 2014 – zwei bis fünf Wochen nach dem Kiewer Sprachengesetz - erklären sich zuerst der Oblast Donezk mit 75 % russischsprachiger Bevölkerung, dann der Oblast Lugansk mit 69 % russischsprachiger Bevölkerung, zu selbständigen Volksrepubliken. In einem Referendum im Mai 2014 stimmen über 90 % der Befragten in beiden Oblasten für ihre Unabhängigkeit von Kiew. Die ukrainische Zentralregierung setzt daraufhin Militär dagegen ein und schlägt dort und andernorts ähnliche Bestrebungen in wochenlangen Straßenkämpfen nieder. So werden vom 12. April bis zum 5. Juli die „Putschisten“ in einer „Anti-Terror-Operation“ in Odessa, Mariupol und im westlichen Donbas, z. B in Krematorst, Slowjansk und weiteren Städten geschlagen und vertrieben. Seitdem tobt im Donbas ein lokaler Sezessionskrieg.

Was zur Beurteilung der Kriegshandlungen der „Anti-Terror-Operation“ fehlt, ist eine Berichterstattung in den westlichen Medien. Nach nicht überprüfbareren Berichten begann die Operation mit einem Einsatz von etwa 100.000 Soldaten der regulären ukrainischen Streitkräfte gegen etwa 30.000 Separatisten. 80 % der Gefallenen sollen am Anfang separatistische Kämpfer gewesen sein. Berichte, die dennoch zur Verfügung stehen, stammen in der Regel aus der Schweiz. So ist auf diesem Umweg bekannt geworden, dass 2014 ukrainische Kompanien und ganze Bataillone mit russisch sprechenden Soldaten mit ihren Waffen auf die Seite der Separatisten übergelaufen sind und dass Russisch sprechende Ukrainer zu Hunderttausenden aus den umkämpften Gebieten in Auffanglager ins benachbarte Russland geflohen sind. Unsere Medien berichten stattdessen nur von „nach Russland entführten Ukrainern“.

Russland unterstützt zwar die russischen Separatisten in den abtrünnigen Oblasten, aber es greift den territorialen Bestand der Ukraine bis 2022 selbst nicht an. Dennoch behauptet der damalige NATO-Generalsekretär Rasmussen schon im September 2014, „Russland greife die Ukraine an“, was die im Land befindlichen OSZE-Beobachter nicht bestätigen können. Putin fordert stattdessen Anfang Mai 2014 die Anführer der zwei abtrünnigen Oblaste auf, ihre geplanten Referenden zu verschieben, um mögliche Verhandlungen nicht zu blockieren. Nach den Referenden erkennt er die Selbständigkeit von Lugansk und Donezk acht Jahre lang nicht an. Vielmehr versuchte er, auf zwei Minsker Konferenzen im September 2014 und im Februar 2015 (zusammen mit

Frankreich und Deutschland) eine gedeihliche Regelung für Lugansk und Donezk als halbautonome Oblaste innerhalb der Ukraine zu arrangieren.

Was an den fehlenden Berichterstattungen auffällt, ist, dass von 2014 bis 2022 hier nichts über das Leid der betroffenen Bevölkerungen, über die Zerstörungen im Donbas, über das Flüchtlingselend und über Kriegsverbrechen berichtet worden ist.

Historisch betrachtet sind die Kriegsursachen für den Donbas-Krieg und die Ursachen für den Zweiten Weltkrieg verblüffend ähnlich. Sie sind in einer Hinsicht sogar haargenau die gleichen.

Hier wie dort sind und waren die Ursachen die falschen Zuordnungen von großen nationalen und sprachlichen Minderheiten zu Staaten, zu denen sie von Anfang an oder später nicht angehören wollten und wollen. Es waren und sind Staaten, die ihre Minderheiten benachteiligt, missachtet und zum Teil verfolgt haben. Das waren nach dem Ersten Weltkrieg der Staat Polen mit zwei Dritteln Nationalpolen und einem Drittel Ukrainer, Weißrussen, Deutschen und Juden und die Tschechoslowakei mit genau einer Hälfte Tschechen und der anderen Hälfte Deutsch-Österreichern, Slowaken, Ungarn und Karpato-Ukrainern. (Selbst die Slowaken wollten in den 30er Jahren den Staat der Tschechen wieder verlassen.) Und das ist jetzt die Ukraine mit 70 % ethnischen Ukrainern und 30 % ethnischen Russen, wobei der Prozentsatz der Russisch Sprechenden, auch statistisch höher liegt. Die ungelösten Minderheitenprobleme haben den Kollaps der Tschechoslowakei verursacht. Sie haben den Zweiten Weltkrieg ausgelöst und nun waren sie der Anlass für den Donbas-Krieg.

Nach dem, was sich in diesem Kriege an Hass und Feindschaft zwischen Ukrainern und Russen aufgebaut hat, ist ein Zusammenleben beider Ethnien in einem Staate nicht mehr möglich.

Das Minsker Abkommen

Am 12. Februar 2015 kommt es auf Vermittlung von Frankreich, Deutschland und der OSZE zum Minsker Abkommen (Minsk II) zwischen der Ukraine und Russland als der Schutzmacht der zwei abtrünnigen Oblaste. Das Abkommen sieht eine Waffenruhe, vorgezogene Wahlen und ein Gesetz über einen Sonderstatus für Lugansk und Donezk innerhalb der Ukraine vor. Die Waffenruhe hält allerdings nicht länger als drei Tage. Beide Seiten werfen sich den Bruch der Waffenruhe gegenseitig vor. Die ukrainische Zentralregierung hält daraufhin weder die Wahlen ab noch erarbeitet sie das Gesetz über den zukünftigen Sonderstatus der zwei strittigen Oblaste. Stattdessen erlässt die Kiewer Regierung 2018 ein „Re-Integrationsgesetz“ für die zwei Oblaste,

verbietet jegliche Verhandlungen mit ihnen und untersagt auch weiterhin den Gebrauch der russischen Muttersprache in Ämtern und in Schulen. De facto hat die ukrainische Regierung das Minsk II-Abkommen damit gebrochen. Der Bürgerkrieg im Osten der Ukraine geht dementsprechend unvermindert weiter. Putin sieht sowohl das Leiden der Bevölkerung im Kriegsgebiet und den Unwillen oder die Unfähigkeit der Kiewer Regierung, das Abkommen von Minsk mit der Teilautonomie von Lugansk und Donezk einzulösen, und er beobachtete – das wiegt hier wohl erheblich stärker - das stete Drängen aus Kiew, in die NATO aufgenommen zu werden.

Selenskyjs Anfang

Wolodymyr Selenskyj übernimmt am 20. Mai 2019 als Nachfolger des inzwischen erfolglosen und weitgehend unbeliebten Präsidenten Poroschenko das Amt des Staatspräsidenten der Ukraine. Selenskyj gewinnt den Wahlkampf gegen Poroschenko u. a. mit den zwei Versprechen, den Bürgerkrieg im Osten des Landes zu beenden und ein Referendum über den Beitritt der Ukraine zur NATO und zur EU herbeizuführen. Ansonsten übernimmt Selenskyj einen Staat mit gespaltener Bevölkerung, hohen Steuern, hohen Preisen, sinkender Lebensqualität und Beamtenkorruption. Und er erbt die von Poroschenko eingegangene Minsker Verpflichtung, ein Gesetz für den autonomen Sonderstatus von Lugansk und Donezk zu erlassen.

In seiner Amtseinführungsrede verspricht Selenskyj: „Ich bin bereit, ... meine Stellung aufzugeben, wenn dadurch ein Friede in Aussicht steht. ... Wir müssen den Krieg beenden. Ich bin bereit für Gespräche. ... Wir wollen ein Friedensabkommen mit Russland mit einem Referendum beschließen.“ Doch Selenskyjs Wunsch geht nicht in Erfüllung und die Großwetterlage ändert sich. Eineinhalb Jahre später, am 20. Januar 2021, übernimmt Joe Biden das Amt des amerikanischen Präsidenten und zwei Monate später, am 23. März 2021, gibt Selenskyj mit seinem Dekret 117/2021 den Auftrag an die Regierung und an die Streitkräfte, einen Aktionsplan für die „Wiedereingliederung der Krim in die Ukraine“ zu erarbeiten. Daraufhin beginnt Putin, die russischen Truppen an der ukrainischen Grenze weiter zu verstärken.

Der Endspurt zum Krieg

Eine Ukraine als großes NATO-Mitglied und mit ihr die amerikanische Präsenz direkt an Russlands Grenze wäre und ist mit Russlands vitalem Sicherheitsinteresse nach russischer Auffassung nicht vereinbar. So ordnet Putin einen Drohaufmarsch an der Grenze zur Ukraine an und fordert US-Präsident Biden 2021 und 2022 in einer persönlichen Begegnung und fünfmal in

Telefonkonferenzen auf, dauerhaft auf die Aufnahme der Ukraine in die NATO zu verzichten. Biden hat das stets abgelehnt.

Stattdessen unterschreiben der amerikanische Außenminister Blinken und sein ukrainischer Amtskollege Kuleba am 21. November 2021 eine schriftliche Vereinbarung über eine „Strategische amerikanisch-ukrainische Partnerschaft“. In selbiger steht u. a., „dass die USA die russische Annexion der Krim niemals anerkennen werden.“ US Präsident Biden setzt eine Versicherung oben drauf. Er erklärt am 6. Dezember in einer Rede, dass „das amerikanische Sicherheitsversprechen an die Ukraine in Eisen gegossen ist.“ Fast zeitgleich verkündet NATO-Generalsekretär Stoltenberg, dass auf dem nächsten NATO-Gipfel im Sommer 2022 in Madrid über den NATO-Beitritt der Ukraine verhandelt werden soll. Und am 25. Dezember lädt Stoltenberg die russische Regierung zu einem Treffen des NATO-Russland-Rats nach Brüssel ein. Er ergänzt die Einladung mit der Aufforderung, Putin möge zur Diplomatie zurückkehren. Die Bemerkung lässt Putin und Lawrow vermuten, dass es dort etwas zu verhandeln gilt.

Im neuen Jahr, 2022, dreht sich das Rad der Eskalation noch schneller. Auf der Konferenz des NATO-Russland-Rats am 12. Januar, als die NATO-Aufnahme der Ukraine zum Thema wird, erklärt Stoltenberg der russischen Delegation, dass über eine Aufnahme der Ukraine in die NATO allein die NATO-Staaten und die Ukraine selbst zu entscheiden hätten. Er bekräftigt das mit dem Satz „Da hat uns niemand reinzureden!“ Das ist nach Stoltenbergs offensichtlicher Auffassung die „Diplomatie“, zu der Putin zurückkehren soll.

Hinzu kommt, dass der ukrainische Präsident Selenskyj leichtsinniger Weise am 19. Februar 2022 in seiner Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz ankündigt, dass er erwägt, die Ukraine wieder zum Atomwaffen-Staat zu machen. Das ist für Putin nicht nur „Öl ins Feuer“ der schon überhitzten Lage. Es ist „Dynamit mit Zündschnur“. Es erklärt auch Putins weiteres Vorgehen. Er zieht daraufhin zwei Tage später, am 21. Februar 2022, zum zweiten Mal die Notbremse. Putin erkennt die Eigenstaatlichkeit der abgespaltenen Oblaste acht Jahre nach deren eigener Unabhängigkeitserklärung an. Putin hatte mit dieser Anerkennung das getan, was sich 13 Jahre vorher im Kosovo ereignet hat. Dort hatten die westlichen Staaten auch nach jahrelangem Bürger- bzw. Sezessionskrieg und ohne die Zustimmung des UN-Sicherheitsrats die neuen Grenzen und die selbst erklärte Unabhängigkeit eines serbischen Teilstaats anerkannt und damit den territorialen Bestand Serbiens verändert. Und der Internationale UN-Gerichtshof hatte im Fall der Kosovo-Unabhängigkeit am 22. Juli 2010 ausgeführt: „Das allgemeine Völkerrecht enthält kein irgendwie festgelegtes Verbot einer Unabhängigkeitserklärung.“

Am 21. Januar 2022 lädt NATO-Generalsekretär Stoltenberg außerdem die ukrainische Regierung ein, am Grundsatzpapier für die zukünftige Strategie der NATO mitzuarbeiten, an der „NATO Agenda 2030“. Das ist ein weiteres Signal für Putin, dass er mit seinen jahrelangen Bitten, Forderungen und Drohungen, die NATO auf Abstand zu Russlands Westgrenze zu halten, gescheitert ist. Putin lässt am 24. Februar 2022 russische Truppen in die Ukraine einmarschieren. Er verstößt damit gegen allgemein anerkanntes Völkerrecht

Putins Krieg?

Man darf diese einprägsame Floskel nicht zu einer einseitigen Schuldzuweisung missbrauchen. Die Schuldfrage soll später erst mit den Aussichten auf einen Friedensschluss behandelt werden. Die inzwischen gängige Bezeichnung ist zwar griffig, aber dennoch töricht. Sie ist insofern falsch, als Putin hier keinen Krieg begonnen hat. Er hat mit Russland in einen seit acht Jahren laufenden Bürgerkrieg im Nachbarland eingegriffen, um sowohl die Sicherheitsinteressen des eigenen Staats zu wahren als auch, um den bekämpften russischen Landsleuten im Nachbarlande beizustehen.

Wie an den russisch-amerikanischen und an den russisch-NATO Auseinandersetzungen von 2021 und Januar 2022 sichtbar geworden ist, handelt es sich bei der Kriegsbeteiligung Russlands am innerukrainischen Sezessionskrieg in erster Linie um eine amerikanisch-russische Auseinandersetzung. Die USA finanzieren die ukrainische Kriegspartei seit Jahren. Sie liefern seit 2014 Waffen, Munition und stellen zunächst Söldnermilitär. Seit der Mission des US Generals Ben Hodges (USAREUR) in Kiew im Januar 2015 entsenden die US Streitkräfte auch offizielle Militärberater. Die Gefangennahme des US Generalleutnants Cloutier und des US Fleet Admirals (4 Sterne) Olson in Mariupol im März und Mai 2022 und der amerikanische Flottengefechtsstand in Otschakiw zeigen, dass die USA versuchen, gewichtigen Einfluss auf die Kriegführung der Ukrainer zu nehmen. Der ehemalige SACEUR General Breedlove äußert im April 2022 offensichtlich nicht ohne Grund, dass er glaubt, dass die USA in der Ukraine einen Stellvertreterkrieg mit Russland führen.

Die USA und die NATO-Länder begreifen sich nicht als Bedrohung Russlands, aber sie sind objektiv betrachtet dennoch eine Bedrohung für jeden autoritär geführten Staat oder Staat mit inneren Problemen. So haben die Amerikaner und in ihrem Gefolge Briten, Franzosen, Italiener und andere in den vergangenen Jahrzehnten „Regime Change Wars“ mit und ohne UN-Mandat gegen Grenada, Serbien, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien geführt und sich in die Bürgerkriege und Unruhen fremder Staaten eingemischt, ohne selbst bedroht

gewesen zu sein. Der amerikanische General und ehemalige Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR) Wesley Clark hat am 9.3.2007 in einem Interview offenbart, dass er bereits im September 2001 im Pentagon erfahren hat, dass dort entschieden worden ist, dass in den nächsten 5 Jahren in 7 Staaten Systemwechselkriege geführt werden sollen. Das ist die Manifestierung der amerikanischen Absicht, den eigenen Herrschaftsanspruch durch Kriege zu erweitern. Alle diese Kriege wurden durch innere Unruhen vorbereitet, die sich über die dortigen ethnischen oder religiösen oder sozialen Differenzen und Oppositionsgruppen ohne weiteres schnell von außen her entfachen ließen. Putin hat diese Machtverschiebungen natürlich registriert. Er hat gesehen, dass die Ukraine nach dem Regierungswechsel von 2014 im Begriff war, ganz in die amerikanische wirtschaftliche Einflusszone zu geraten und dass Russland bei weiterer Entwicklung auch amerikanische Truppen, Mittelstreckenraketen und Flottenstützpunkte an seiner Haustürschwelle haben würde. So ist der jetzige Ukraine-Krieg eine russisch-amerikanische Auseinandersetzung, auch wenn die USA noch nicht am Waffen-Krieg beteiligt sind.

Kriegsvölkerrecht 2022

Mit der Haager Landkriegsordnung und den Genfer Konventionen hat man versucht, die Kriegsgräuere einzudämmen. Zu den Schutzgebieten beider Regelwerke gehören der Schutz der **unbewaffneten** Zivilbevölkerung und der Schutz **unverteidigter** Städte und Dörfer vor Beschießung und Bombardierung.

Wer als Staatsoberhaupt – wie Selenskyj es getan hat - seine zivile Bevölkerung dazu aufruft, Molotow-Cocktails herzustellen, sich Gewehre zu besorgen und zu kämpfen, nimmt billigend in Kauf, dass die Schutzregeln für die Bevölkerung nicht mehr gelten. Wer seinem Militär befiehlt, die Städte zu befestigen und zu verteidigen, nimmt wohl kalkuliert in Kauf, dass um die Städte gekämpft wird und dass sie beschossen und bombardiert werden. Wer mit offensichtlichem Stolz vor Fernsehkameras zeigt, wie junge Freiwillige in einem Schulgebäude militärisch ausgebildet werden, darf nicht medienwirksam im selben Fernsehen über die Brutalität des Gegners klagen, wenn der auf solche Gebäude schießen lässt.

Die Schutzbestimmungen der Haager Landkriegsordnung und der Genfer Konventionen für zivile Bürger und die ukrainischen Städte hat Selenskyj außer Kraft gesetzt.

Mich erschüttert, wie Politiker und Medien seit Monaten die Verletzungen des Kriegsvölkerrechts der russischen Soldaten in der Ukraine herausstellen und die ukrainischen verschweigen. Ukrainische Fernsehanstalten und Blogger berichten zum Teil selbst über ukrainische Brutalitäten, begangen an russischen Bürgern und kriegsgefangenen Soldaten, als handele es sich dabei um Ruhmestaten. Da

wird z. B. von umherstehenden, lachenden ukrainischen Soldaten auf in ihrer Mitte liegende, gefesselte russische Gefangene getreten und geballert. Kriegsgefangene Russen werden verprügelt, dann wird ihnen in die Beine geschossen und sie werden unversorgt liegengelassen bis sie ausbluten. Gefesselte, in großen Blutlachen legende russische Gefangene werden so lange auf den Kopf getreten, bis sie Ruhe geben. Es sind Szenen zu sehen, wie russische Zivilpersonen aus Autos gezogen und an Ort und Stelle totgetreten werden. Man kann russisch und ukrainisch gut unterscheiden, weil Soldaten wie Zivilisten breite Oberarmbinden tragen, die Ukrainer blaue und gelbe und die Russen weiße.

Ein Paradebeispiel für Gewalt im Krieg, Propaganda und Zensur ist der „Fall Butscha“.

Das „Butscha-Massaker“

Mit dem Butscha-Vorfall ist eine Schwelle zur absoluten Unversöhnlichkeit der Kriegsparteien überschritten worden, einschließlich NATO, EU, USA und Russland. Zuerst ist zu bemerken, dass Desinformation, Propaganda und Täuschung zu den legitimen Kriegsmitteln zählen, die sowohl von den Russen als auch von den Ukrainern angewendet werden. Massaker aber gehen gar nicht.

Bei mehrmaligem Betrachten der Fotos und Videos aus Butscha fallen Fragwürdigkeiten auf. Die dortigen toten Opfer tragen schwer erkennbar, aber eindeutig weiße Armbinden. Sie waren also Russen. Russische Soldaten haben sie sicherlich nicht hingerichtet. Wer sonst? Das Video mit dieser Szene in Butscha vom ukrainischen Fernseh-Sender ESPRESO.TV zeigt einen ukrainischen Militär-Pickup, der zwischen den Toten hindurch fährt. Der Kamerawagen fährt hinterher. Die Kamera blendet auffälliger Weise bei naher Vorbeifahrt bei jeder neuen Betrachtung immer eine und dieselbe Leiche mit Hilfe eines Grauschleiers aus. Als ich bei mehrmaligem Suchen auf verschiedenen Kanälen auch ein Video dieser Szene ohne Verschleierung fand, sah ich, dass dieser Tote eine breite, sehr auffällige weiße Russenarmbinde trägt. Als ich den Film an dieser Stelle sofort zurückstellte und ihn ein zweites Mal betrachten wollte, war er sofort gelöscht. Stattdessen las ich „This page is not available“. Bei einem weiteren Versuch kam „Link not found“. Wer hat ein Interesse, zu vertuschen, dass hier ein toter Russe liegt? Technisch ist eine automatische Löschung möglich, wenn ein schon zensiertes Bild noch irgendwo im Netz unzensiert auftaucht.

Ich fand außerdem ein Video mit einem Soldaten, der eine Leiche an einem langen Seil auf einer Straße an eine andere Stelle zieht. Das passt zu dem

Verdacht, dass die Leichen von Butscha erst Tage nach ihrer Tötung in das „Bild“ von Butscha gezogen worden sind. Dazu passt auch, dass im Bild von Butscha die Blutlachen der Toten fehlen, die man auf den meisten solcher Szenen im ukrainischen Fernsehen sieht. Es ist auch bekannt geworden, dass der Bürgermeister von Butscha in den ersten drei Tagen nach Abzug der Russen nichts über das Massaker berichtet hat und dass niemand fünf Tage lang die Toten, wie sonst üblich, von der Straße geräumt hat. Auch die ukrainische Polizei, die nach dem Abzug der Russen die Stadt durchsucht hat, hat nichts dergleichen gemeldet. Das „Massaker“ wurde erst am 4. oder 5. Tag nach Abzug der Russen der Welt bekanntgegeben und dann medienwirksam präsentiert. Und der als Schauspieler ausgebildete Staatspräsident Selenskyj hat dann vor Ort und vor der Kamera noch über abgetrennte Gliedmaßen und Vergewaltigungen geklagt. Das Ganze riecht nach Inszenierung.

Auch die angeblich vom Bundesnachrichtendienst mitgeschnittenen Telefongespräche, in denen sich russische Soldaten mit Grausamkeiten an Ukrainern brüsten, sind zunächst nur von zweifelhafter Beweiskraft. Sie könnten durchaus eine flankierende Täuschungsmaßnahme der Ukrainer zu Ihrer Täuschaktion von Butscha sein.

Nach Einschätzung meiner Wahrnehmungen zu Butscha halte ich es inzwischen für sicher, dass es sich bei der Toten-Schau von Butscha um eine fehlerhaft gemachte Inszenierung der Ukrainer handelt. Ich halte es für eine „False Flag Operation“.

Wenn es so sein sollte, wie ich annehme, wäre es erschütternd, welche Wirkung diese Inszenierung auf die westliche Welt hat. Den Russen wird jetzt jeder im Kriege umgekommene ukrainische Zivilist als Kriegsverbrechen angerechnet.

Strategische Perspektiven

Strategie ist die planmäßige Verfolgung eines erstrebten Dauerzustands. In einem Krieg nur weiterzumachen, damit die eine Seite nicht gewinnt, wobei die Gegenpartei nicht gewinnen kann oder zumindest keinen dauerhaften Frieden gewährleisten kann, ist „weiterwursteln“, aber keine Strategie. Es ist nur die sicherste Methode, einen Krieg in die Länge zu ziehen. Das ist es, was zur Zeit die NATO, die EU und Deutschland betreiben. Das Kriegsziel der Ukraine ist lediglich das Überleben in einem zwar nach außen sicheren, aber im Inneren instabilen Status quo ante. Das ist eine untaugliche Strategie.

Eine sinnvolle Strategie in einem Krieg muss auf einen Abschluss mit einem eigenen dauerhaften Vorteil zielen, auf einen dauerhaften Frieden, auf dauerhafte innere Stabilität oder auf territorialen Gewinn, auf einen ökonomischen Vorteil oder auf eine stabile eigene Unverwundbarkeit (

Sicherheit) oder einen Zugewinn anderer Art. Das Erreichen eines Patts ist kein strategisches Ziel sondern nur die Verlängerung eines instabilen Status quo ante. So gesehen verfolgen nur die USA und Russland strategische Ziele, die USA einen seestrategischen und hegemonialen und ökonomischen Vorteil und Russland einen Sicherheits- und einen territorialen Gewinn. Die USA haben einen Teil ihres Gewinns bereits erreicht, die wohl lang anhaltende Zerstörung des gedeihlichen ökonomischen deutsch-russischen Verhältnisses und die ebenfalls anhaltende Störung des mit Amerika konkurrierenden deutschen Außenhandels. Russland dagegen muss weiter für seine Ziele kämpfen.

Was müsste die deutsche Strategie sein? Sie müsste zuerst bewirken, dass der Ukraine-Krieg nicht zu einem Dritten Weltkrieg ausufert, bei dem Deutschland zu den Opfern zählen könnte. Sie müsste dann bewirken, dass sich die zwischenstaatlichen Verhältnisse in Europa ohne neue Kriegsgründe wieder stabilisieren, einschließlich der Entgiftung der deutsch-russischen Beziehungen.

Die von Herrn Bundeskanzler Scholz mehrfach erwähnte Gefahr eines Dritten Weltkriegs ist sehr real. Wenn die EU und die NATO Staaten - wie es jetzt geschieht – die ukrainischen Streitkräfte bewaffnen und finanzieren, wird der Krieg mit ungewissem Ausgang in die Länge gezogen. Wenn die Gefahr besteht, dass die Ukraine unterliegt, werden die amerikanischen und die NATO-Schwüre, dass sie sich selbst nicht am Krieg beteiligen werden - nach historischer Erfahrung - nicht mehr gelten. US Präsident Wilson hat 1917 und US Präsident Roosevelt hat 1940 den Präsidentschaftswahlkampf mit dem Versprechen geführt, dass sie die USA aus dem Krieg in Europa heraushalten. Kaum waren die Wahlen gewonnen, haben beide die USA in den Krieg geführt. Wenn es dann zum Showdown zwischen NATO und Russland kommt, wird Russland an die Grenze seiner Möglichkeiten kommen und ein russischer Führer – egal ob Putin oder ein Nachfolger – wird mit dem Rücken an der Wand stehen, wie Putin 2022. Er wird dann wieder vor der Wahl stehen, Unterwerfung oder Kampf. Es ist nicht auszuschließen, dass er dann wieder eine „Rote Linie“ überschritten sieht, die er nur noch atomar verteidigen kann. Das könnte mit einem Warnschuss auf ein Stellvertreter-Opfer beginnen, wie zum Beispiel auf den Atom-Stützpunkt der Amerikaner Ramstein. Kanzler Scholz hat da sicher weiter gedacht als die große Mehrheit seiner politischen Kollegen.

Frieden schließen

Was sind aus deutscher Sicht die dringendsten Gebote dieser Tage? Es ist erstens, dass Deutschland dazu verhilft, das grauenhafte Elend der Verletzten, Ausgebombten und Flüchtlinge in der Ukraine und der Hungernden in den ärmsten Staaten dieser Welt schnellstmöglich zu beenden. Und es ist zweitens,

in einer eigens deutschen Strategie dafür zu sorgen, dass schnellstmöglich wieder Friede in Europa einkehrt, dass der Krieg sich nicht auf ganz Europa ausdehnt und dass sich das deutsch-russische Verhältnis wieder entgiftet und normalisiert.

Gegenseitige Sanktionen, Geld- und Waffenlieferungen an die Ukraine und gegenseitige Beschimpfungen, Beschuldigungen und Verteufelungen dagegen verlängern nur den Krieg und verstopfen jeden Zugang zu Verhandlungen und der Einigung auf einen dauerhaften Frieden.

Desgleichen sind Vorbedingungen, Erklärungen von „Unverhandelbarem“, das Verlangen von vorherigem Truppenrückzug und Waffenstillstand die sicherste Methode, den Beginn von Friedensverhandlungen zu verhindern.

Desgleichen wird es keinen schnellen Frieden geben, wenn versucht wird, Grundsätze zu klären, wie die Abwägung zwischen dem nationalen Selbstbestimmungsrecht der Russen auf der Krim und der territorialen Unversehrtheit der Ukraine (beides ist im Völkerrecht verankert) und zwischen dem Sicherheitsinteresse der Russen und der Bündnisfreiheit der Ukrainer.

Desgleichen wird es keine zügigen Verhandlungen geben, wenn versucht wird, eine „Sündenrechnung“ aufzumachen, wer wann womit zur jetzigen Lage eskaliert hat und wer nur nachgezogen hat.

Desgleichen ist ein schneller Friede ausgeschlossen, wenn Staaten und Staatengruppen mitverhandeln, die eigene Interessen in diesem Krieg verfolgen, wie die EU, die NATO, die USA, Polen und andere Nachbarstaaten. Ein abschreckendes Beispiel sind die Friedensverhandlungen am Ende des 30jährigen Kriegs, in denen die Interessen von neun Staaten unter einen Hut zu bringen waren. Die Verhandlungen dauerten 5 Jahre, in denen bis zum Schluss weitergekämpft wurde. Ein positives Beispiel sind die 2-plus-vier-Verhandlungen zwischen zwei deutschen Staaten und den vier Hauptsiegermächten. Bei ihnen wurden die weiteren 47 Kriegsgegner Deutschlands ausgeschlossen.

Desgleichen wird es keinen schnellen Frieden geben, wenn Verhandlungen mit ideologischen Gegensätzen und Vorbehalten belastet werden. Vorherige Fehlaussagen, wie „Die Ukrainer verteidigen auch unsere Freiheit“ sind da fehl am Platz. Die Ukraine hat ganz ähnliche demokratische Defizite wie Russland. Was dort herrscht, entspricht nicht unserer Vorstellung von Freiheit.

Wenn der Ukraine-Krieg nicht bis zu seinem bitteren und ungewissen Ende ausgefochten werden soll und, wenn den Menschen in der Ukraine und in Russland und den Hungernden in den Dürregebieten weitere Monate und Jahre

des Elends erspart bleiben sollen, hilft nur ein Friedensschluss ohne Generalabrechnung und ohne Richterspruch über Schuld und Strafe. Es muss ein Schlusstrich sein, der mit einem Interessenausgleich für einen dauerhaften Friedenszustand sorgt.

So wie Frankreich und Deutschland 2015 in einem ersten Anlauf versucht haben, in Minsk zwischen der ukrainischen Zentralregierung, dem russischen Bevölkerungsanteil in der Ukraine und Russland zu vermitteln, so sollten nun die großen drei Gründungsmitglieder der EWG Frankreich, Italien und Deutschland mit Vorlage eines Schiedsspruchs Staatspräsident Selenskyj und Staatspräsident Putin nach Genf zu einem Friedensschluss einladen.

Der Schiedsspruch sollte enthalten: Putin nimmt seine Forderung zurück, dass sich die NATO aus den Staaten Osteuropas zurückzieht. Selenskyj erklärt sich mit der dauerhaften Bündnisfreiheit der Ukraine einverstanden und erkennt die Zugehörigkeit der mehrheitlich russisch bewohnten Halbinsel Krim zu Russland an. Russland sagt zu, sofort alle Truppen aus der Ukraine abzuziehen. Beide Parteien sagen zu, im Osten der Ukraine gemeindeweise (nicht oblastweise) und unter schweizer Aufsicht ein Referendum der Bevölkerung über ihren Zugehörigkeitswunsch zur Ukraine oder zu Russland abzuhalten. Anschließend wird eine neue ukrainisch-russische Staatsgrenze nach dem mehrheitlichen Willen der betroffenen Bevölkerung festgelegt.

Mit einem solchen Schiedsspruch würde Russland erstmals ein akzeptables Angebot gemacht, würde die Ukraine sofort vor ihrer weiteren Zerstörung bewahrt, würde die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten von der Geißel des Kriegs befreit, könnte Stabilität und Ruhe an der ukrainisch-russischen Sprach- und Nationalitätengrenze hergestellt werden und würde das „alte Europa“ (nicht die EU) zeigen, dass es selbst in der Lage ist, die Ordnung auf dem eigenen Kontinent wieder herzustellen und zu sichern.

Ende